

Politik-Update Gemeinnützigkeit 14.9.2023

Ein Überblick über Meldungen und Ereignisse der vergangenen Wochen zum Gemeinnützigkeitsrecht, insbesondere bezüglich politischer Mitgestaltung.

Streit um Gemeinnützigkeit 1: Bund der Steuerzahler.....	1
Streit um Gemeinnützigkeit 2: Amadeu-Antonio-Stiftung.....	1
Angst vor Verlust der Gemeinnützigkeit lähmt.....	2
Strategische Einschüchterung von rechts.....	2
Beschränkungen der Zivilgesellschaft weltweit.....	2
EU kritisiert ausbleibende Reform der Gemeinnützigkeit.....	2
EU-Kommission legt Entwurf zu Vereinsrecht vor.....	3
Derweil in Österreich: Reformpaket Gemeinnützigkeit.....	3
Wachstumschancengesetz fast ohne Gemeinnützigkeit.....	3
Impulse zur Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts.....	4
Parteinaher Stiftungsvereine - gemeinnützig?.....	4
Transparenz - Reform des Lobbyregisters.....	4
#Demokratiealarm: Haushaltskürzungen bei Engagement.....	4
Kontakt.....	5

Streit um Gemeinnützigkeit 1: Bund der Steuerzahler

Eine "rechtliche Bewertung" im Auftrag der Kampagnenorganisation Campact kommt zum Schluss, dass der Bund der Steuerzahler (Bundesverband) zu Unrecht gemeinnützig ist - wenn das aktuelle Recht und die restriktive Rechtsprechung des Bundesfinanzhof (BFH) angelegt wird. Der Steuerzahlerbund sieht das anders.

(Campact ist Mitglied unserer Allianz.)

Der demokratische Meinungsstreit darf nicht über Tritte gegen Schienbein via Gemeinnützigkeitsrecht ausgetragen werden - er braucht klare und gleiche Rahmenbedingungen.

- [Unsere Mitteilung: https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/bund-der-steuerzahler-und-unsichere-gemeinnuetzigkeit/](https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/bund-der-steuerzahler-und-unsichere-gemeinnuetzigkeit/)
- [Bericht RND: https://www.rnd.de/politik/gutachten-bund-der-steuerzahler-ist-nicht-gemeinnuetzig-27ZCVNSD7VBIDKZSF5CF5HPTWQ.html](https://www.rnd.de/politik/gutachten-bund-der-steuerzahler-ist-nicht-gemeinnuetzig-27ZCVNSD7VBIDKZSF5CF5HPTWQ.html)
- [Statement Steuerzahlerbund: https://www.steuerzahler.de/publikationen/detail/keine-zweifel-an-der-feststellung-der-gemeinnuetzigkeit](https://www.steuerzahler.de/publikationen/detail/keine-zweifel-an-der-feststellung-der-gemeinnuetzigkeit)

Streit um Gemeinnützigkeit 2: Amadeu-Antonio-Stiftung

Der AfD-Politiker René Springer will der Amadeu-Antonio-Stiftung die Gemeinnützigkeit aberkennen. Der Bundestagsabgeordnete aus Brandenburg wandte sich im März an das Berliner Finanzamt, in dem er der Stiftung Diffamierung und Denunzierung der AfD und undemokratische Stimmungsmache vorwarf und mit der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs im Attac-Urteil argumentierte. Der Versuch ist eher zum Scheitern verurteilt, weil Dritte keinen Anspruch auf Prüfung der Gemeinnützigkeit haben.

- <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/berlin-vorbild-attac-afd-will-amadeu-antonio-stiftung-gemeinnuetzigkeit-aberkennen-lassen-streit-um-angebliche-diffamierung-der-partei-durch-linke-stiftung-li.331973>
- <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1172184.gemeinnuetzigkeit-afd-will-amadeu-antonio-stiftung-mit-steuerrecht-mundtot-machen.html> (mit Überblick Probleme im Gemeinnützigkeitsrecht und (Still)Stand der angekündigten Modernisierung)

Angst vor Verlust der Gemeinnützigkeit lähmt

Der repräsentative ZiviZ-Survey 2023 stellte im März diesen Jahres fest, dass jeder 20. Verein sich mit politischen Tätigkeiten zurück hält aus Sorge um den Verlust der Gemeinnützigkeit. Besonders stark ist die Sorge in den Engagementfeldern Umwelt (elf Prozent) und internationale Solidarität (zehn Prozent). Im Kulturbereich sind es fünf Prozent, bei Sport und Katastrophenschutz immer noch vier Prozent.

Eine tiefer gehende Einordnung der Ergebnisse der Studie ist vor wenigen Wochen erschienen: Ein Policy-Paper mit einer Tiefen-Analyse der Frage zu politischer Einmischung und Angst vor dem Verlust der Gemeinnützigkeit, inklusive Handlungsempfehlungen. Dazu gehört insbesondere: "Wichtig wäre insgesamt eine präzisierende gesetzliche Formulierung, die klare und verlässliche Voraussetzungen für eine politische Betätigung schafft."

- https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/politische_arbeit_und_gemeinnuetzigkeit.pdf
- Informationen zum ZiviZ-Survey: <http://www.ziviz.de/ziviz-survey>

Strategische Einschüchterung von rechts

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena hat die Folgen juristischer Interventionen von rechts u.a. in politischem Aktivismus, Journalismus und Lokalpolitik untersucht. Ein Befund: Gezielt werden vermeintlich vulnerable Personen und Organisationen angegriffen (Frauen, Jüngere, Freischaffende). "In der Folge ziehen sich Betroffene zum Teil aus ihren Tätigkeiten zurück oder wählen neue thematische Schwerpunkte", schlussfolgert die Studie, veröffentlicht als "Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft".

https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Dunkelfeldstudie_GegenRechtsSchutz.pdf

Beschränkungen der Zivilgesellschaft weltweit

Die neue Auflage des Atlas der Zivilgesellschaft, ein Report von Brot für die Welt und Civicus, zeigt auf: Mehr als ein Viertel der Menschheit lebt in Ländern mit geschlossenen zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen. Deutschland gehört zu den kleinen Flächen auf der Karte, die mit grün als "offen" gekennzeichnet sind.

Dagmar Pruin, Präsidentin von Brot für die Welt, erklärte hierzu, dass auch in Deutschland von Seiten der Politik und Justiz fragwürdige Entscheidungen gegen Engagement aus der Zivilgesellschaft getroffen wurde. Im Atlas geht es für Deutschland unter anderem um Beschränkungen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und um Druck auf Klimaproteste.

<https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

EU kritisiert ausbleibende Reform der Gemeinnützigkeit

In ihrem vierten Rechtsstaatsbericht drängt die EU-Kommission erneut auf eine Reform des deutschen Gemeinnützigkeitsrechts. Deutlich herauszulesen ist die Unzufriedenheit, dass die vorigen Empfehlungen des letzten Berichts zum Freiraum für zivilgesellschaftliche Organisationen nicht beachtet wurden. Es wird empfohlen, "den Plan zur Anpassung der Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen weiterzuvorführen, um die Herausforderungen anzugehen, die mit den derzeit geltenden Vorschriften für deren Betrieb in der Praxis verbunden sind, wobei europäische Standards für die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu berücksichtigen sind" - fast wortgleich lautete die Empfehlung vor einem Jahr.

Der Bericht, der alle Länder der EU ins Auge nimmt, fußt auf umfassenden Informationen und hält für Deutschland fest: "Bislang wurden allerdings noch keine konkreten Schritte eingeleitet."

- [Unsere Mitteilung dazu: https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/eu-kritisiert-ausbleibende-reform-gemeinnuetzigkeit/](https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/eu-kritisiert-ausbleibende-reform-gemeinnuetzigkeit/)
- [Gesamtbericht: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:f3880d7f-1c13-11ee-806b-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:f3880d7f-1c13-11ee-806b-01aa75ed71a1.0003.02/DOC_1&format=PDF)
- Länderbericht Deutschland: https://commission.europa.eu/system/files/2023-07/17_1_52572_coun_chap_germany_de.pdf

EU-Kommission legt Entwurf zu Vereinsrecht vor

Mittlerweile hat die EU-Kommission einen Richtlinien-Entwurf für ein europäisches Vereinsrecht vorgelegt und folgt damit einer Bitte des EU-Parlaments. Das Parlament wollte auch EU-Mindeststandards für nationale NGO-Gesetze - die würden auch das deutsche Gemeinnützigkeitsrecht betreffen.

In der Resolution des EU-Parlaments waren eigentlich eine Verordnung zur Schaffung eines europäischen Vereines sowie eine Richtlinie für Mindeststandards vorgesehen. Der Entwurf verweist auf eine Richtlinie zur Mindeststandards, deren Entwurf also noch zu erwarten ist.

- [Hintergrund vom November 2022: https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/eu-kommission-widmet-sich-europaeischem-vereinsrecht/](https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/eu-kommission-widmet-sich-europaeischem-vereinsrecht/)
- [Mitteilung EU-Kommission: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_4242](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_4242)

Derweil in Österreich: Reformpaket Gemeinnützigkeit

Im Juli wurde in Österreich ein Reformpaket verabschiedet, das den gemeinnützigen Sektor stark fördert. Dort waren der Status der Gemeinnützigkeit und die steuerliche Absetzbarkeit bisher getrennt. Das soll sich ab kommendem Jahr ändern. Das sei "eine Stärkung der wichtigen gemeinnützigen Arbeit in Bildung, Sport, Kultur, Menschenrechte und Tierschutz, und wird insgesamt zu noch mehr Spendenbereitschaft führen", so Stefan Wallner, Geschäftsführer des Bündnis für Gemeinnützigkeit Österreich.

<https://gemeinnuetzig.at/wp-content/uploads/2023/07/Presseaussendung-Spendenabsetzbarkeit-05.07.2023.pdf>

Wachstumschancengesetz fast ohne Gemeinnützigkeit

Das berüchtigte Wachstumschancengesetz der Bundesregierung enthält keinen Schritt hin zur im Koalitionsvertrag vereinbarten Modernisierung des deutschen Gemeinnützigkeitsrechts, aber einige technische Regelungen; u.a. zur Erstattung der Kapitalertragssteuer für ausländische gemeinnützige Organisationen, zur Umsatzsteuer für Zweckbetriebe sowie zum kommenden Zuwendungsempfängerregister, das zum 1.1.2024 kommt und bereits mit dem Jahressteuergesetz 2020 beschlossen wurde.

Dieses Register stellt öffentliche Transparenz darüber her, welche Organisationen berechtigt sind, Zuwendungsbestätigungen für den Steuerabzug auszustellen - also gemeinnützig oder mildtätig sind; erfasst werden auch Parteien und kommunale Wähler:innengemeinschaften. Das Register soll auch dazu dienen, künftig das Abzugsverfahren zu digitalisieren.

Infos zur geplanten Digitalisierung u.a. bei unseren Mitgliedern [Maecenata Stiftung](#) und [Deutscher Fundraisingverband](#).

Impulse zur Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Die Steuerrechtler Dr. Christian Kirchhain und Prof. Dr. Sebastian Unger haben im Juni 2023 einen Aufsatz veröffentlicht, in dem sie eine "umfassende, nicht nur punktuelle Reform des Gemeinnützigkeitsrechts" fordern. Dazu sollten sich die politischen Akteure "die gebührende Zeit" nehmen. Ziele sollten Rechtssicherheit sein und ein nicht übermäßiger Verwaltungsaufwand.

"Ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht wäre ... aus dem Gedanken heraus zu entwickeln, dass es entscheidend nicht auf die Qualität des einzelnen Beitrags zur Zweckverwirklichung ankommt, sondern auf das 'Gesamtbild'".

Zu politischen Mitteln schreiben sie, dass "weder ein einfachgesetzlicher noch ein verfassungsrechtlicher Anknüpfungspunkt" ersichtlich sei, die auf einen Katalog bezogene politische Tätigkeit im Verhältnis zu anderen Tätigkeiten zu begrenzen. Vielmehr "genügt es, wenn die politische Betätigung zur Förderung eines gesetzlichen Katalogzwecks aus Sicht der Körperschaft geeignet ist".

Kirchhain, Dr. Christian/Unger, Prof. Dr. Sebastian: Mehr Fortschritt wagen – was der Gesetzgeber im Gemeinnützigkeitsrecht reformieren sollte. In: Deutsches Steuerrecht (DStR), Heft 24/2023, Seite 1281 ff. – DStR 2023/1281. Beck-Verlag

Wir haben gemeinsam mit unseren Mitglieder Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) und Campact im Juni 2023 zu unseren vier wichtigsten Forderungen konkrete Formulierungsvorschläge aufgeschrieben:

<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/vier-punkte-gemeinnuetzigkeit-2023>

Parteiahe Stiftungsvereine - gemeinnützig?

Bald wird ein Gesetz in den Bundestag kommen, mit dem die Fördermittel für die so genannten politischen Stiftungen geregelt werden. Schön wäre es, wenn damit deren Steuerstatus unabhängig vom Gemeinnützigkeitsrecht geregelt würde.

<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/parteiahe-stiftungen-modernisierung-gemeinnuetzigkeit/>

Transparenz - Reform des Lobbyregisters

Am kommenden Dienstag (19.9.) wird die Reform des Lobbyregisters in einer Anhörung im Bundestag diskutiert, die zweite und dritte Lesung wird zügig folgen. Umfassend geändert werden soll die Offenlegung der Finanzierung von Akteur:innen, die auf Bundesebene auf die staatliche Willensbildung einwirken - ob gemeinnützig oder nicht, ob Verein oder Unternehmen. Die Regeln zu Spenden und Mitgliedsbeiträgen werden klarer als in der geltenden Fassung. Trägt eine Person mehr als zehn Prozent des Beitrags- oder Spenden-Aufkommens bei, muss diese Person künftig genannt werden.

Unsere Stellungnahme: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/stellungnahme-lobbyregister-2023>

#Demokratiealarm: Haushaltskürzungen bei Engagement

Die Bundesregierung setzt für den Haushalt 2024 auf Ausgabenkürzungen und gefährdet damit offenbar viele zivilgesellschaftliche Projekte. Es stehen Kürzungen in Milliardenhöhe bei den Etats für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe im Raum, aber auch bei politischer Bildung und Freiwilligendiensten.

Details berichtete das [WDR-Magazin Monitor](#); der [Spiegel im Podcast](#); Informationen und Kritik auch bei www.weltweitwichtig.de/

Kontakt

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" ist ein Zusammenschluss von knapp 200 Vereinen und Stiftungen, u.a. Amadeu Antonio Stiftung, Amnesty International, Brot für die Welt, Oxfam, Schöpflin Stiftung und Terre des Hommes. Wir sind selbst ein gemeinnütziger Verein.

Infos: www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Kontakt: info@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de
Telefon 06421/620122

Lobbyregister: Wir sind als Interessenvertreterin im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag unter der Nummer R002707 registriert:
www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002707

Twitter/X: <https://twitter.com/AllianzPolitWil>

Mastodon: https://bewegung.social/@Allianz_Polit_Willensbildung